Zeitschrift: Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft
Herausgeber: Wechselwirkung
Band: 7 (1985)
Heft: 25

Artikel: Freunde der Erde? : Umweltschutz in der DDR
Autor: Nordhoff, Hans-Bernhard
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652900

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 25.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Hans-Bernhard Nordhoff

Freunde der Erde?

Umweltschutz in der DDR

„Die Schlüsselfigur zur Erhöhung der Wirksamkeit der qualitativen Faktoren für das Wirtschaftswachstum besteht in der Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der breiten Nutzung seiner Ergebnisse in allen Bereichen der Volkswirtschaft."
(Direktive des X Parteitags, S. 18)

„Schmeicheln wir uns indessen nicht zu sehr mit unseren menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns."
(F. Engels, MEW 20, S. 452)

„Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als boni patres familias den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen."
(K. Marx, Kapital III, S. 784)

Marx in lila Latzhose als Supergrüner? Schließlich geht er weiter als die Grünen im Bundestagswahlkampf, die plakativ feststellten, daß wir „die Welt nur von unseren Enkeln geerbt" hätten. So kann man das wohl nicht ganz sehen, denn schließlich stammt von Marx auch die Theorie der Entfesselung der Produktivkräfte als einer Grundlage für wachstumsorientierte Politik, die heute alle realsozialistischen Staaten kennzeichnet. Marx' Lieblingsmotto – de omnibus dubitandum – deckt den scheinbaren Widerspruch ab. Die DDR-Staatsführung beschleicht solcher Selbstzweifel kaum, und so wird das Thema Umweltschutz auf den 94 Seiten der Direktive des X. Parteitages mit ganzen 12 Zeilen plakativ abgehandelt. Dabei hätte die DDR gute Chancen gehabt, auf dem Gebiet des Umweltschutzes Vorreiter zu sein, denn mit der Verfassung von 1968 und dem Landeskulturgesetz von 1970 wurden umfassende rechtliche Grundlagen für den repressiven und präventiven Umweltschutz geschaffen. Demgegenüber wurde in der Bundesrepublik mit dem Umweltprogramm der Bundesregierung erstmals im Herbst 1971 ein umfassendes politisches Konzept für den Umweltschutz vorgelegt. Doch Gesetzesanspruch und gesellschaftliche Wirklichkeit sind zwei verschiedene Dinge. Wie sieht diese Wirklichkeit aus?

Stichwort Luft

Bei einer 70 %igen Primärenergieversorgung der DDR auf Braunkohlebasis liegt die Versäuerung in der Luft und der Ruß auf der Hand. 68 % der Schwefeldioxidimmissionen stammen aus DDR-Quellen, für die anderen Schadstoffe liegen die Verhältnisse ähnlich. Hohe Schornsteine verfrachten die Probleme nach Polen und Skandinavien, so wie die Schornsteine des Ruhrgebiets die DDR beglücken. Die Internationalität der Probleme ist offenkundig. Wie andernorts auch sind die Fremdimmissionen für die Entscheidungsträger das willkommene Ruhekissen. So werden Naßentschwefelungsanlagen (mit bis zu 90 % Wirkungsgrad) für die DDR-Kraftwerke für zu teuer gehalten, die DDR-Produkte würden Konkurrenzeinbußen auf dem Weltmarkt erleiden. Allerdings muß man anerkennen, daß die Trockenentschwefelung in der DDR inzwischen durchgeführt wird, wenn auch nur mit einem tatsächlichen Wirkungsgrad von ca. 30 % und längst nicht in allen Anlagen. Auch in Sachen Wärme-Kraft-Kopplung gibt es Musterbeispiele, so z.B. das Kraftwerk Vockerode an der Elbe, mit dessen Abwärme eine ganze Gewächshausstadt beheizt wird. Doch trotz solch anerkennenswerter Beispiele: der private

Energie-Pro-Kopf-Verbrauch in der DDR und der Bundesrepublik ist nahezu gleich. Beim spezifischen Energieeinsatz in der Industrie sieht es hingegen wesentlich ungünstiger für die DDR aus, und auch die industrialisierte Landwirtschaft der DDR braucht wesentlich mehr Energie und Chemie als die Bauern der Bundesrepublik. Die Hauptenergiequelle Einsparung scheint trotz regelmäßig beschwörender Appelle der Politik, mit dem Produktionsmaterial sparsam umzugehen, noch nicht angebohrt worden zu sein. Die Techniker und Praktiker erscheinen in entscheidenden Bereichen dagegen immun.

Als Alternative in der Energieversorgung wird allein die Kernenergie angesehen. In der Zeitschrift „Energieanwendung" rangieren alle anderen Alternativen für das Jahr 2000 auf mageren 0,25 % des Gesamtprimärenergieeinsatzes in der DDR. Dabei gibt es auch in der DDR Musterbeispiele für solarbeheizte Schwimmbäder, Wohnhaussiedlungen und Werkshallen.
Schenkt man den Sachstandsberichten Glauben, dann laufen diese Pilotprojekte zufriedenstellend. Auf den Masseneinsatz müssen sie jedoch noch warten, denn die subventionierten Stromkosten von 8 Pfennig pro KWh liegen unter der Wirtschaftlichkeitsgrenze von 20 Pfennig, und bei Nachtspeicherheizungskosten von 4 Pfennig werden diese Alternativen als unwirtschaftlich erachtet. Setzt man dagegen in die DDR-Rechnung den bundesdeutschen Stromtarif von 20 Pfennig ein, so werden die verschwiegenen Alternativen wirtschaftlich. Nach einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Energiekosten, die ökologische Schäden und den Landschaftsverbrauch des Braunkohletagebaus bzw. die Entsorgungskosten einrechnet, sucht man vergeblich. Hier zeigen sich die ökologisch bedenklichen Folgen einer Subventionspolitik, die Grundbedürfnisse der Bürger wie Nahrung, warme Wohnung und Licht nicht nach dem „Wertgesetz" zuteilt. Die Regelung des „Marktes" erfolgt dann über die geöffneten Fenster, die die Schlote der Kraftwerke rauchen lassen.

Stichwort Wasser

Die Verschmutzung der Luft schlägt sich früher oder später nieder in den Bronchien der Bürger, auf den Nadeln der Bäume oder in den Trinkwassereinzugsgebieten der wasserarmen DDR. Davon zeugen die Klagen in der Zeitschrift „Wasserwirtschaft" über die Ansäuerung der Trinkwassertalsperren oder die drastischen Berichte über das frühjährliche Forellensterben, wenn der gesammelte saure Schnee des Winters von den DDR-Bergkuppen schmilzt. Auch in diesem Bereich kann man der DDR-Industrie nicht allein den rußigen Peter zuschieben. Konsumgewohnheiten der Bürger, der Landschaftsverbrauch der „Datschenbewegung" und ganz besonders die industrialisierte Landwirtschaft tragen zur Gewässerverschmutzung bei.
So hat die Landwirtschaft der DDR inzwischen die Industrie in der Gewässerbelastung überholt. Bei der industriellen Viehproduktion fallen viermal soviel Schadstoffe an (bezogen auf den biochemischen Sauerstoffbedarf) wie durch die gesamten kommunalen Abwässer, die ihrerseits auch nicht im Hinblick auf die Überdüngung (Eutrophierung) geklärt werden. Hauptschadstoffträger ist dabei die Gülle, die bei der strohlosen industriellen Viehhaltung anfällt und deren ackerbaulich wertvolle Nährstoffe (wegen des hohen Verdünnungsgrades und der am Standort anfallenden Menge) vermutlich nicht mehr sinnvoll in der Pflanzenproduktion eingesetzt werden können. Eine Schweinezucht- und Mastanlage kaserniert 25.000 Tiere und produziert eine Gewässerbelastung, die der von 400.000 Einwohnern entspricht. Im Boden zum richtigen Zeitpunkt ein Segen, wird die in die Gewässer geleitete Gülle zum Fluch.
Der Boden wird demgegenüber mit energieintensiv produzierten Mineraldüngern gedopt, der seinerseits infolge zurückgehenden Humusgehalts in Grund- und Oberflächengewässer abgeschwemmt wird und damit zur gesundheitsschädlichen Nitratbelastung des Trinkwassers und zur Eutrophierung der Oberflächengewässer beiträgt. Auf diese Probleme wurde von Veterinärhygienikern der DDR schon Anfang der 70er Jahre mit Nachdruck verwiesen, offenbar ohne entsprechende Erfolge, denn ihre Voraussagen haben sich inzwischen leider voll erfüllt.
Dabei böte gerade die Industrialisierung der Produktion auch die Möglichkeiten, ihre Folgeprobleme besser in den Griff zu bekommen. Um beim Güllebeispiel zu bleiben: Die Fermentierung der Tierexkremete würde zu wertvollem Biogas einerseits, zu ebenso wertvollem organischem Festdünger andererseits führen.

Auf den Versuchsfeldern in Gülzow-Güstrow

Stichwort Boden

Dies gilt auch für die Probleme der Bodenverbesserung und -erhaltung. Doch der Glaube an die Allmacht von Mechanik und Chemie ist insgesamt in der DDR noch ungebrochen – auch wenn kein geringerer als der Vizepräsident der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften Dieter Spaar beklagt, daß die zu schwere Landmaschinentechnik einen großen Teil der DDR-Böden „soweit schadverdichtet, daß Ertragseinbußen von 30 bis 35 Prozent die Folge sind". Zur Schadverdichtung trägt natürlich auch der abnehmende Humusgehalt infolge falsch verstandener Mineraldüngung und übergroßen Biozideinsatzes bei.
Die Chemisierung aller Lebensbereiche hat eher etwas mit Tonnenideologie denn mit der Einsicht in die Notwendigkeiten der Natur zu tun. So beklagt Ulrich Sedlag in seinem Buch „Biologische Schädlingsbekämpfung" (1980), daß „1975 die Fläche, auf der in der DDR Kartoffelkäfer chemisch bekämpft wurden, nach amtlichen Angaben die Fläche, auf der (großenteils geringer) Befall festgestellt wurde, um etwa 170.000 ha überstieg!". Sedlag weiter: „Trotz vielseitiger Möglichkeiten hat die praktische Anwendung biologischer, partiell biologischer oder biotechnischer Verfahren in vielen Ländern nur einen geringen Umfang. Das gilt nicht zuletzt für die Deutsche Demokratische Republik."
Die Pläne des Biozidproduzenten VEB Fahlberg-List, Magdeburg, setzen nach wie vor auf Zuwachs. Die Arten, die den Bioziden entkommen, werden durch Beton und Asphalt weiter zurückgedrängt. Hemmnisse für die großen Bodenbearbeitungsmaschinen wie Ackerraine und einzelne Baumgruppen

sind längst aus dem Weg geräumt. Ein LPG-Betrieb Pflanzenproduktion (Durchschnittsgröße 5.000 ha) verfügt nicht selten über 200 ha große Schläge. Darüber fegen die schadstoffgeschwängerten Winde ohne Widerstand die fruchtbare Krume in Dörfer und Städte. Die Bodenerosion ist inzwischen ein ernstes Problem in der DDR geworden. Das, was man gemeinhin als Natur bezeichnet, und was die rasant wachsenden Gruppen in der „Urania", die sich dem Naturschutz verschrieben haben, noch retten könnten, sind die „Rest- und Splitterflächen", die nach der Ausbreitung von Kommunen, Verkehr, Industrie und industrieller Landwirtschaft übrig bleiben. Wo es diese Refugien noch gibt, sind sie Schadstoffbelastungen über Luft und Wasser ausgesetzt, und der Baum, den der Herr Keuner des Bertold Brecht „einfach aus dem Hause tretend sehen" möchte und für den er eben keine Dienst- oder Urlaubsreise beantragen will, ist ernsthaft in Frage gestellt.

Neue Sichtweisen

Eine ernste umfassende Problemdarstellung haben Horst Paucke und Adolf Bauer 1979 mit ihrem Buch „Umweltprobleme" gegeben.

Die beiden Philosophen haben dabei auch nicht mit (teilweise nur als vernichtend zu interpretierenden) Fakten aus der DDR-Realität gespart. Sie haben zusammengefaßt, was in der wissenschaftlichen Literatur an Kritik im Detail vorgetragen worden war und was die schöngeistige Literatur exemplarisch fokussiert hat. Wo die Diskussion über Umweltprobleme in der DDR im Konkreten durch staatliche Autorität abgedeckelt wird, drängt sie u.a. in den kirchlichen Bereich (s. Wensierski/Büschner: Beton ist Beton).

Die DDR hat ihre Probleme mit dem Umweltschutz wie andere Industriegesellschaften auch. Teilweise sind sie historisch oder geographisch bedingt, aber zum schlechten Teil auch hausgemacht. Oder wie will man anders den DDR-Bürgern erklären, warum im Umkreis von 500 m um eine Schweinemastanlage alle Bäume infolge der Ammoniakintoxikation gestorben sind?

„Die Probleme der Naturaneignung im Sozialismus" (Adolf Bauer, DZfPh 11/82) führen DDR-Wissenschaftler und DDR-Bürger zu intensiven Diskussionen. Dabei geht es nicht mehr um „Muttermale" der alten Gesellschaft, sondern auch um die sozialistische Produktionsweise. Exemplarisch sei hierfür der Dresdener Philosoph Helmar Hegewald ins Feld geführt:

„Im Sozialismus existieren die Interessen aber nicht als absolute Identität von gesellschaftlichen, kollektiven und individuellen Interessen. Die Gemeinsamkeit der Interessen – auch in bezug auf die rationelle produktive und konsumtive Ressourcennutzung – auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln ist nur der Möglichkeit nach gegeben. Gesellschaftliche Arbeitsteilung, Verselbständigung der Wirtschaftseinheiten, die Praxis der Handhabung ökonomischer Kennziffern (einschließlich der Bewertung der Naturressourcen), die Divergenzen zwischen Bedürfnissen und Entwicklungsniveau der Produktivkräfte, die einfache, aber hier bedeutsame Tatsache, daß Produktions- und Lebensweise als Arbeitsprozeß in bestimmter Hinsicht identisch, die Lebensweise zugleich Freizeit und Erholung ist, führt dazu, daß verschiedene soziale Gruppen der Bevölkerung eigene Interessen haben und auch ein und dieselbe Gruppe in eine widersprüchliche Interessenlage kommen kann.

Unterschiede und Widersprüche der Interessen sind nicht subjektivem Unvermögen, wie z.B. dem Ressortdenken, geschuldet, sondern existieren objektiv. Die relative Eigenständigkeit jeweiliger Interessen bietet allerdings die Möglichkeit, diese zu verabsolutieren und die Verabsolutierung als Fortschritt zu begreifen und rechtfertigen zu wollen. So ist die sozialistische Produktion durch einen für sie typischen, für die rationale Naturbeherrschung bedeutsamen, nichtantagonistischen Interessenwiderspruch gekennzeichnet."

In Anwendung der Hegewaldschen Gedankenführung stößt die Verabsolutierung des industriegesellschaftlichen Modells in der DDR auf objektiv gegensätzliche Interessenlagen, die wiederum in der Widersprüchlichkeit der Produktivkraftentwicklung im Sozialismus selbst begründet liegen. Hegewald schlägt als Lösung eine „Ökologisierung der Produktion" zur „Vermenschlichung der Industrie" vor und stellt fest: „Die biotechnologische Produktionsweise ermöglicht es, natürliche und anthropogene Umwelt als organisches Ganzes zu begreifen, zu betrachten und praktisch zu beherrschen" (DZfPH 11/83). Solche Ganzheitssicht steht im Widerspruch zum Reduktionismus und zur Eindimensionalität traditioneller Technologieauffassungen, die auch in der DDR zur Ausgrenzung der personalen, sozialen und ökologischen Dimension geführt haben. Dies muß und wird zu Konflikten führen, die umso schärfer werden, je länger einer nicht kreislauforientierten Produktionsweise gehuldigt wird und je länger die Problemdiskussion vermieden wird.

Jeder, der angesichts dieser Entwicklung Häme verspürt, sollte sich zu einer Forstführung in den Schwarzwald begeben. Die Werra fließt in die Weser und in unseren Breiten weht Westwind. Man könnte die Präambel des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland auch so interpretieren, daß jede Wiedervereinigung sinnlos ist, wenn die natürlichen Lebensgrundlagen der Bevölkerung nicht mehr gegeben sind. Oder, um beim eingangs zitierten Marx zu bleiben: Wenn die DDR davon ausgeht, daß die Enkel der heute agierenden kapitalistischen Väter allemal sozialistisch sein werden, dann muß sie sich schon jetzt darum bemühen, diesen Enkeln durch eine gemeinsame Umweltpolitik die Umwelt verbessert zu hinterlassen. Die Marxsche Norm fordert dies allerdings auch für die nichtsozialistischen Enkel.

Dieser Artikel ist eine Kurzfassung aus SOZNAT, Heft Nr. 4/1984.